

Direktionsverordnung über die Delegation von Befugnissen der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion * (DeIDV GSI)

vom 17.01.2001 (Stand 01.08.2021)

Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Juni 1995 über die Organisation
des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG¹⁾), Artikel
5 Absatz 2 der Verordnung vom 29. November 2000 über die Organisation und
die Aufgaben der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (Organisati-
onsverordnung GSI, OrV GSI²⁾), Artikel 19 Absatz 2 des Personalgesetzes vom
16. September 2004 (PG³⁾), Artikel 2 Absatz 2, 8 Absatz 2, 12 Absatz 1, 84f Ab-
satz 1, 99 Absatz 1, 113 Absatz 1, 132, 156, 157 Absatz 1, 175 Absatz 2 Buch-
stabe b der Personalverordnung vom 18. Mai 2005 (PV⁴⁾), sowie Artikel 153 Ab-
satz 1 der Verordnung vom 3. Dezember 2003 über die Steuerung von Finan-
zen und Leistungen (FLV⁵), *

beschliesst:

1 Geltungsbereich

Art. 1

¹ Diese Verordnung regelt die Delegation von Personal- und Ausgabenbefug-
nissen der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion an die ihr unterstell-
ten Verwaltungs- und diesen gleichgestellten Organisationseinheiten. *

^{1a} Im Weiteren regelt sie die Delegation von Unterschriftenberechtigungen des
Generalsekretariats und der Ämter im Verwaltungsverfahren an die ihnen un-
terstellten Organisationseinheiten. *

² Vorbehalten bleiben Kompetenzregelungen aufgrund übergeordneten Rechts
sowie in Spezialerlassen vorgesehene Mitwirkungs- und Zustimmungsrechte
anderer Direktionen.

¹⁾ BSG [152.01](#)

²⁾ BSG [152.221.121](#)

³⁾ BSG [153.01](#)

⁴⁾ BSG [153.011.1](#)

⁵⁾ BSG [621.1](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2 Befugnisse im Personalbereich

2.1 ... *

Art. 2 *Begründung und Beendigung von Anstellungsverhältnissen*
1. *Regierungsrat* *

¹ Der Regierungsrat ist zuständig für die Begründung und Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Inhaberinnen und Inhaber der Direktionskaderstellen gemäss Artikel 13 OrV GSI⁶⁾ *

Art. 3 2. *Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor* *

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin oder der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor ist zuständig für die Begründung und die Beendigung der übrigen Anstellungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit diese Kompetenzen nicht in dieser Direktionsverordnung delegiert sind. *

Art. 4 3. *Zentralverwaltung* *

¹ Die Begründung und Beendigung der Anstellungsverhältnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zentralverwaltung, deren Funktionen nicht höher als in Gehaltsklasse 20 eingereiht sind, erfolgt im Generalsekretariat durch die Generalsekretärin oder den Generalsekretär und in den Ämtern durch die Amtsvorsteherin oder den Amtsvorsteher. *

² Die Begründung und Beendigung befristeter Anstellungsverhältnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Funktionen höher als in der Gehaltsklasse 20 eingereiht sind, erfolgt im Generalsekretariat durch die Generalsekretärin oder den Generalsekretär und in den Ämtern durch die Amtsvorsteherin oder den Amtsvorsteher. Ausgenommen bleiben Verträge bezüglich Direktionskaderstellen gemäss Artikel 2. *

³ ... *

⁶⁾ BSG [152.221.121](#)

Art. 5 * *4. Gleichgestellte Organisationseinheiten*

¹ Die Begründung und Beendigung von Anstellungsverhältnissen in den gleichgestellten Organisationseinheiten erfolgen durch *

- a ** die Gesamtleiterin oder den Gesamtleiter des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache Münchenbuchsee, des Schulheims Schloss Erlach und des Zentrums für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz-Schlössli Kehrsatz,
- b ** ...

Art. 6 * *Mitwirkung der Abteilung Personal und Organisation*

¹ Die Abteilung Personal und Organisation des Generalsekretariats holt bei der Begründung des Anstellungsverhältnisses die Zustimmung des Personalamts ein, wenn von den in Anhang II zur Personalverordnung festgelegten Werten für das Anfangsgehalt abgewichen wird. *

2.2 ... ***Art. 7 *** *Führung des Stellenplans*

¹ Die Führung des Stellenplans und die Freigabe von Stellenmutationen zuhanden der Finanzdirektion obliegen *

- a* für das Generalsekretariat und die Ämter der Zentralverwaltung der Abteilung Personal und Organisation des Generalsekretariats,
- b ** ...
- c ** für das Pädagogische Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee, das Schulheim Schloss Erlach und das Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz-Schlössli Kehrsatz der Gesamtleiterin oder dem Gesamtleiter nach Zustimmung des Amts für Integration und Soziales.

Art. 8 * *Personalrechtliche Bewilligungen*

¹ Die Befugnis zur Erteilung der folgenden personalrechtlichen Bewilligungen wird für das Personal des Generalsekretariats an die Generalsekretärin oder den Generalsekretär, für das Personal der Ämter an die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher sowie für das Personal der gleichgestellten Organisationseinheiten an das in ihrem Organisations- oder Geschäftsreglement bezeichnete Organ delegiert: *

- a* die Bewilligung der Arbeitsleistung ausserhalb des Arbeitsortes (Art. 8 Abs. 2 PV),
- b ** ...

- c die Bewilligung der Umwandlung der Treueprämie in Entgelt (Art. 99 Abs. 1 PV),
- d die Bewilligung der dienstlichen Benützung von Motorfahrzeugen (Art. 113 Abs. 1 PV),
- e * die Anordnung von Pikettdienst (Art. 84f Abs. 1 PV),
- f die Anordnung von Überzeit (Art. 132 PV),
- g die Bewilligung von bezahltem Kurzurlaub (Art. 156 PV),
- h die Bewilligung von unbezahltem Urlaub bis zu einem Monat (Art. 157 Abs. 1 PV).

² Für die Bewilligung von Urlaub für den Besuch externer Weiterbildungsveranstaltungen sind zuständig

- a die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher bis zu zehn Arbeitstagen pro Anlass (Art. 175 Abs. 2 Bst. a PV),
- b die Generalsekretärin oder der Generalsekretär für das Personal des Generalsekretariats und bei mehr als zehn Arbeitstagen pro Anlass für das Personal der Ämter (Art. 175 Abs. 2 Bst. b und c PV),
- c das gemäss Organisations- oder Geschäftsreglement zuständige Organ der gleichgestellten Organisationseinheiten (Art. 175 Abs. 2 Bst. b und c PV).

3 Ausgabenbefugnisse

Art. 9 * *Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor **

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin oder der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor bewilligt alle Ausgaben, für deren Bewilligung die Direktion gemäss Artikel 152 Absatz 1 FLV¹⁾ oder gemäss spezialgesetzlicher Regelung zuständig ist, soweit die Ausgabenbefugnis nicht gemäss Artikel 10 und 11 an unterstellte Verwaltungseinheiten oder diesen gleichgestellte Organisationseinheiten delegiert worden ist. *

Art. 10 * *Generalsekretariat, Ämter*

¹ Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär sowie die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher bewilligen, unter Vorbehalt von Absatz 3, in ihrem Zuständigkeitsbereich Verpflichtungskredite als *

- a * neue einmalige Ausgaben bis 200 000 Franken,
- b neue wiederkehrende Ausgaben bis 50 000 Franken,
- c gebundene einmalige Ausgaben bis 500 000 Franken,

¹⁾ BSG [621.1](#)

d gebundene wiederkehrende Ausgaben bis 100 000 Franken.

² Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär sowie die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher können ihre Ausgabenbefugnisse im Organisationsreglement ihrer Verwaltungseinheit ganz oder teilweise an ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie an die Leiterinnen und Leiter der ihnen unterstellten Abteilungen und Dienste delegieren. *

³ Die Vorsteherinnen und Vorsteher der Ämter bewilligen in ihrem Zuständigkeitsbereich alle Verpflichtungskredite für Betriebsbeiträge an Trägerschaften von Leistungsangeboten der institutionellen Sozialhilfe, soweit ihnen die Kompetenz zum Abschluss von Leistungsverträgen oder Leistungsaufträgen mit diesen Trägerschaften übertragen worden ist. Die Bewilligung erfolgt unter Vorbehalt von Absatz 4. *

⁴ Sie unterbreiten der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin oder dem Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor periodisch eine Liste mit den vorgesehenen Verpflichtungskrediten gemäss Absatz 3. Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektorin oder der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor kann einzelne Verpflichtungskredite innerhalb der mit der Vorsteherin oder dem Vorsteher vereinbarten Frist ablehnen. *

Art. 11 * *Gleichgestellte Organisationseinheiten*

¹ Die Gesamtleiterin oder der Gesamtleiter des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache Münchenbuchsee, des Schulheims Schloss Erlach und des Zentrums für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz-Schlössli Kehrsatz bewilligen in ihrem Zuständigkeitsbereich Verpflichtungskredite als *

a * neue einmalige Ausgaben bis 500 000 Franken,

b neue wiederkehrende Ausgaben bis 100 000 Franken,

c gebundene einmalige Ausgaben bis 1 000 000 Franken,

d gebundene wiederkehrende Ausgaben bis 200 000 Franken.

² Die Ausgabenbefugnisse können im Organisations- oder Geschäftsreglement ganz oder teilweise an die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sowie an die Leiterinnen oder Leiter der unterstellten Abteilungen und Dienste delegiert werden.

Art. 12–13 * ... *

4 Unterschriftenberechtigung *

Art. 14 *Unterschriftenberechtigung im Personal- und Ausgabenbereich **

¹ Die Unterschriftenberechtigung richtet sich nach den Befugnissen im Personalbereich und den Ausgabenbefugnissen. *

² Im Verhinderungsfall kommt die Unterschriftsberechtigung den Stellvertreterinnen und Stellvertretern zu. *

Art. 14a * *Unterschriftenberechtigung im Verwaltungsverfahren* *1 Generalsekretariat*

¹ Im Bereich Verwaltungsjustiz und in Staatshaftungssachen wird die Unterschriftenberechtigung für Vernehmlassungen, Abschreibungsverfügungen und selbstständig anfechtbare Zwischenverfügungen und -entscheide sowie für Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege, soweit nicht im Hauptentscheid darüber befunden wird, an die Leiterin oder den Leiter der Rechtsabteilung sowie deren Stellvertreterin oder Stellvertreter delegiert.

² Für die übrigen prozessleitenden Verfügungen sind die juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschriftsberechtigt.

Art. 14b * *2 Gesundheitsamt*

¹ Sofern in der Spezialgesetzgebung das Gesundheitsamt als zuständiges Amt bezeichnet wird, ist die Vorsteherin oder der Vorsteher des Amts unterschriftenberechtigt, im Verhinderungsfall deren Stellvertreterin oder Stellvertreter.

² Diese Unterschriftenberechtigung kann in den nachfolgenden Bereichen an die betroffenen unterstellten Organisationseinheiten delegiert werden:

- a* Erteilung und Entzug von Berufsausübungsbewilligungen und Betriebsbewilligungen im Rahmen der Gesundheitsgesetzgebung,
- b* Anordnung aufsichtsrechtlicher Massnahmen im Rahmen der Aufsicht über die Gesundheitsberufe und Betriebe.

³ Das Amt regelt die Delegation der Unterschriftsberechtigung in seinem Organisations- und Geschäftsreglement.

Art. 14c * *3 Amt für Integration und Soziales*

¹ Sofern in der Spezialgesetzgebung das Amt für Integration und Soziales als zuständiges Amt bezeichnet wird, ist die Vorsteherin oder der Vorsteher des Amts unterschriftenberechtigt, im Verhinderungsfall deren Stellvertreterin oder Stellvertreter.

² Diese Unterschriftenberechtigung kann im Bereich der Erteilung und des Entzugs von Bewilligungen für Kindertagesstätten sowie der Anordnung von Massnahmen gegen Inhaberinnen und Inhaber einer Bewilligung an die betroffenen unterstellten Organisationseinheiten delegiert werden.

³ Das Amt regelt die Delegation der Unterschriftsberechtigung in seinem Organisations- und Geschäftsreglement.

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 15 *Übergangsbestimmung*

¹ Diese Verordnung gilt für alle im Zeitpunkt des Inkrafttretens bestehenden Anstellungsverhältnisse und hängigen Anstellungsverfahren.

Art. 16 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2001 in Kraft.

² Sie ist in Anwendung von Artikel 7 und 8 des Publikationsgesetzes vom 18. Januar 1993 (PuG)¹⁾ amtlich zu veröffentlichen (ausserordentliche Veröffentlichung).

T-1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 02.07.2021 *

Art. T1-1 *

¹ Artikel 14c Absatz 2 ist erst ab 1. Januar 2022 anwendbar.

Bern, 17. Januar 2001

Der Gesundheits- und Fürsorgedirektor:
Bhend

¹⁾ BSG 103.1

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.01.2001	01.02.2001	Erlass	Erstfassung	01-14
23.06.2003	01.09.2003	Art. 6 Abs. 1	geändert	03-67
23.06.2003	01.09.2003	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	03-67
23.06.2003	01.09.2003	Art. 8	geändert	03-67
14.02.2005	01.02.2005	Art. 6	geändert	05-19
14.02.2005	01.01.2005	Art. 6	geändert	05-19
14.02.2005	01.01.2005	Art. 9 Abs. 1	geändert	05-19
14.02.2005	01.01.2005	Art. 12	Titel geändert	05-19
14.02.2005	01.01.2005	Art. 13	aufgehoben	05-19
03.05.2006	01.05.2006	Ingress	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Titel 2.1	aufgehoben	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 2	Titel geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 3	Titel geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 4	Titel geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 4 Abs. 2	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 5	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 6	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Titel 2.2	aufgehoben	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 7	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 8	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 9	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 10	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 11	geändert	06-60
03.05.2006	01.05.2006	Art. 12	aufgehoben	06-60
08.02.2008	01.03.2001	Art. 10 Abs. 1	geändert	08-21
08.02.2008	01.03.2001	Art. 10 Abs. 3	eingefügt	08-21
18.09.2015	01.12.2015	Art. 4 Abs. 1	geändert	15-80
18.09.2015	01.12.2015	Art. 4 Abs. 2	geändert	15-80
18.09.2015	01.12.2015	Art. 4 Abs. 3	aufgehoben	15-80
18.09.2015	01.12.2015	Art. 5 Abs. 1, a	geändert	15-80
18.09.2015	01.12.2015	Art. 7 Abs. 1, b	geändert	15-80
18.09.2015	01.12.2015	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	15-80
18.09.2015	01.01.2015	Art. 10 Abs. 1	geändert	15-80
18.09.2015	01.01.2015	Art. 10 Abs. 1, a	geändert	15-80
18.09.2015	01.01.2015	Art. 11 Abs. 1	geändert	15-80
18.09.2015	01.01.2015	Art. 11 Abs. 1, a	geändert	15-80
26.10.2016	01.01.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	16-072
26.10.2016	01.01.2017	Art. 5 Abs. 1, a	geändert	16-072
26.10.2016	01.01.2017	Art. 5 Abs. 1, b	aufgehoben	16-072
26.10.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 1	geändert	16-072
26.10.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 1, b	aufgehoben	16-072
26.10.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	16-072

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
26.10.2016	01.01.2017	Art. 11 Abs. 1	geändert	16-072
17.09.2018	01.11.2018	Art. 10 Abs. 1	geändert	18-069
17.09.2018	01.11.2018	Art. 10 Abs. 2	geändert	18-069
17.09.2018	01.11.2018	Art. 10 Abs. 3	geändert	18-069
17.09.2018	01.11.2018	Art. 10 Abs. 4	eingefügt	18-069
26.11.2019	01.01.2020	Erlasstitel	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Ingress	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 1 Abs. 1	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 2 Abs. 1	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 3	Titel geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 3 Abs. 1	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 8 Abs. 1, b	aufgehoben	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 8 Abs. 1, e	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 9	Titel geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 9 Abs. 1	geändert	19-083
26.11.2019	01.01.2020	Art. 10 Abs. 4	geändert	19-083
02.07.2021	01.08.2021	Art. 1 Abs. 1a	eingefügt	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 2 Abs. 1	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 7 Abs. 1, c	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 8 Abs. 1	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Titel 4	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14	Titel geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14 Abs. 1	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14 Abs. 2	geändert	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14a	eingefügt	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14b	eingefügt	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. 14c	eingefügt	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Titel T-1	eingefügt	21-058
02.07.2021	01.08.2021	Art. T1-1	eingefügt	21-058

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	17.01.2001	01.02.2001	Erstfassung	01-14
Erlasstitel	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Ingress	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Ingress	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 1 Abs. 1	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 1 Abs. 1a	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058
Titel 2.1	03.05.2006	01.05.2006	aufgehoben	06-60
Art. 2	03.05.2006	01.05.2006	Titel geändert	06-60
Art. 2 Abs. 1	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 2 Abs. 1	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 3	03.05.2006	01.05.2006	Titel geändert	06-60
Art. 3	26.11.2019	01.01.2020	Titel geändert	19-083
Art. 3 Abs. 1	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 4	03.05.2006	01.05.2006	Titel geändert	06-60
Art. 4 Abs. 1	18.09.2015	01.12.2015	geändert	15-80
Art. 4 Abs. 2	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 4 Abs. 2	18.09.2015	01.12.2015	geändert	15-80
Art. 4 Abs. 3	18.09.2015	01.12.2015	aufgehoben	15-80
Art. 5	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 5 Abs. 1	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-072
Art. 5 Abs. 1, a	18.09.2015	01.12.2015	geändert	15-80
Art. 5 Abs. 1, a	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-072
Art. 5 Abs. 1, b	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-072
Art. 6	14.02.2005	01.01.2005	geändert	05-19
Art. 6	14.02.2005	01.02.2005	geändert	05-19
Art. 6	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 6 Abs. 1	23.06.2003	01.09.2003	geändert	03-67
Titel 2.2	03.05.2006	01.05.2006	aufgehoben	06-60
Art. 7	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 7 Abs. 1	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-072
Art. 7 Abs. 1, b	18.09.2015	01.12.2015	geändert	15-80
Art. 7 Abs. 1, b	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-072
Art. 7 Abs. 1, c	23.06.2003	01.09.2003	geändert	03-67
Art. 7 Abs. 1, c	18.09.2015	01.12.2015	geändert	15-80
Art. 7 Abs. 1, c	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-072
Art. 7 Abs. 1, c	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 8	23.06.2003	01.09.2003	geändert	03-67
Art. 8	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 8 Abs. 1	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 8 Abs. 1, b	26.11.2019	01.01.2020	aufgehoben	19-083
Art. 8 Abs. 1, e	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 9	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 9	26.11.2019	01.01.2020	Titel geändert	19-083
Art. 9 Abs. 1	14.02.2005	01.01.2005	geändert	05-19
Art. 9 Abs. 1	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 10	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 10 Abs. 1	08.02.2008	01.03.2001	geändert	08-21
Art. 10 Abs. 1	18.09.2015	01.01.2015	geändert	15-80
Art. 10 Abs. 1	17.09.2018	01.11.2018	geändert	18-069
Art. 10 Abs. 1, a	18.09.2015	01.01.2015	geändert	15-80
Art. 10 Abs. 2	17.09.2018	01.11.2018	geändert	18-069
Art. 10 Abs. 3	08.02.2008	01.03.2001	eingefügt	08-21
Art. 10 Abs. 3	17.09.2018	01.11.2018	geändert	18-069
Art. 10 Abs. 4	17.09.2018	01.11.2018	eingefügt	18-069
Art. 10 Abs. 4	26.11.2019	01.01.2020	geändert	19-083
Art. 11	03.05.2006	01.05.2006	geändert	06-60
Art. 11 Abs. 1	18.09.2015	01.01.2015	geändert	15-80
Art. 11 Abs. 1	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-072
Art. 11 Abs. 1, a	18.09.2015	01.01.2015	geändert	15-80
Art. 12	14.02.2005	01.01.2005	Titel geändert	05-19
Art. 12	03.05.2006	01.05.2006	aufgehoben	06-60
Art. 13	14.02.2005	01.01.2005	aufgehoben	05-19
Titel 4	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 14	02.07.2021	01.08.2021	Titel geändert	21-058
Art. 14 Abs. 1	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 14 Abs. 2	02.07.2021	01.08.2021	geändert	21-058
Art. 14a	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058
Art. 14b	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058
Art. 14c	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058
Titel T-1	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058
Art. T1-1	02.07.2021	01.08.2021	eingefügt	21-058